



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

UMWELT IM KOPF

I Wir erhalten unsere Natur.

2. Saubere Luft und gesunder Boden

Mit verbindlichen Grenzwerten für Innenraumluft werden wir zudem die gesundheitliche Belastung in Wohnungen und Büros etwa durch Emissionen aus Laserdruckern oder Kopierern reduzieren. Um Betroffene nicht weiter mit den gesundheitlichen und finanziellen Folgen belasteter Wohn- und Arbeitsräume alleine zu lassen, wollen wir anlassbezogene Luftschadstoffmessungen für Innenräume und Schadstoffsanierungen im Gebäudebestand fördern.

Wir streben das Null-Hektar-Ziel an: Künftig sollen nicht mehr Flächen in Anspruch genommen werden, als an anderer Stelle wieder freigelegt werden. So stoppen wir den Flächenfraß. Dazu führen wir einen Mix an Instrumenten ein, um den Flächenverbrauch schrittweise zu reduzieren und langfristig zu stoppen. Hektarweise liegen alte Industrieflächen brach, die man wieder nutzen kann. So ermöglichen wir wirtschaftliche Entwicklung, ohne dabei grüne Wiesen einzuebnen. Wir streben in Abstimmung mit den Ländern eine Sanierung aller Altlasten bis zum Jahr 2050 an und wollen gerade die Kommunen dabei unterstützen, alte, versiegelte Industrie- und Brachflächen zu reaktivieren.

3. Wir schützen Pflanzen und Tiere

Für unseren Siedlungs- und Infrastrukturbedarf kann durch Umnutzung und Nachverdichtung ausreichend Platz gefunden werden. Wir unterstützen die Einrichtung von weiteren Nationalparks und einer Ausweitung des Grünen Bandes. Natur hat für uns auch dann einen Wert, wenn dieser nicht in Euro und Cent ausgedrückt werden kann. Die Praxis der Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft soll sich künftig am Schutz der biologischen Vielfalt ausrichten. Deshalb wollen wir unter anderem den Naturschutz im Waldgesetz verankern und naturnahe Waldbewirtschaftung unterstützen. Bei Eingriffen in die Natur werden wir die Ausgleichsregelungen so gestalten, dass stets der größte Nutzen für die Natur und den Naturschutz erreicht wird.

III Wir retten das Klima

Leider ignorieren CDU/CSU und SPD die Realität der Klimakrise und riskieren fahrlässig die Zukunft unserer Kinder und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Deutschlands Emissionen stagnieren seit über sieben Jahren. Vom deutschen Klimaziel, unseren CO₂-Ausstoß bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu senken, sind wir meilenweit entfernt. Angela Merkel und Martin Schulz halten an der klimaschädlichen Kohle von gestern fest. Landwirtschaft und Verkehr stoßen immer mehr Treibhausgase aus, die energetische Modernisierung von Gebäuden kommt nicht voran. Wir wollen in die klimaneutrale Zukunft gehen und unsere Wirtschaft ökologisch modernisieren. Dafür werden wir aus der Kohle aussteigen, die Erneuerbaren Energien weiter ausbauen, zusätzliche Mittel für die energetische Gebäudesanierung bereitstellen, Energieeffizienz und alle Arten emissionsfreier Mobilität fördern und die Landwirtschaft umwelt- und klimaverträglich machen. So sichern wir durch zukunftsfähiges Wirtschaften Arbeitsplätze und gesellschaftlichen Wohlstand.



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

1. Klimaabkommen von Paris jetzt umsetzen

Durch einen gesetzlichen CO₂-Mindestpreis und eine ehrliche CO₂-Bepreisung auch außerhalb des Emissionshandels sorgen wir dafür, dass sich Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen sowie planbarer werden. Aus diesen Einnahmen schaffen wir die Stromsteuer ab, reduzieren die EEG-Umlage und finanzieren weitere Klimaschutzmaßnahmen - zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme Industrieprozesse und zusätzliche Mittel für die sozialverträgliche, energetische Gebäudemodernisierung. Die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien muss auch zu einer Kostenentlastung bei den privaten Haushalten führen. Strom aus erneuerbaren Energien darf gegenüber den Klimakillern Kohle, Öl und Gas nicht weiter benachteiligt werden. Und aus diesen Einnahmen finanzieren wir weitere Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme Industrieprozesse und stellen zusätzliche Mittel für die sozialverträgliche, energetische Gebäudemodernisierung bereit. Neben den nationalen Klimazielen müssen auch die europäischen Ziele an die Vereinbarungen von Paris zur Rettung des Klimas angepasst werden. Für alle 27 Staaten der EU muss bis 2050 eine CO₂-Reduktion von mindestens 95 Prozent gegenüber 1990 verpflichtend sein.

3. Klimaschutz auf allen Ebenen

Wir müssen auf allen Ebenen handeln, alle Möglichkeiten nutzen und zeigen, wie es geht. Mit einer klimaneutralen Verwaltung des Bundes gehen wir voran, zum Beispiel bei der öffentlichen Beschaffung, bei der Gebäudesanierung, beim Fuhrpark. Auch die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs schont das Klima. Gezielte Angebote sollen die kommunale Ebene ermutigen, uns zu folgen. Denn auch dort, wo es nicht so offensichtlich ist, sind mit wenig Aufwand große Erfolge beim Klimaschutz zu erzielen.

Trotz all der Anstrengungen müssen wir uns an das Unvermeidliche anpassen und uns - zum Beispiel durch städtisches Grün und andere städtebauliche Maßnahmen, die zugleich mehr Lebensqualität schaffen - auf klimabedingte Starkregenereignisse, Stürme und Extremhitze vorbereiten. Wenn wir die Erderwärmung wirklich auf deutlich unter 2° C halten wollen, müssen wir die Art und Weise wie wir produzieren, wie wir uns fortbewegen, wie wir bauen, wie wir uns ernähren grundlegend ändern. Unsere Gesellschaft muss ihre Lebensstile und Konsumgewohnheiten überdenken und nachhaltiger gestalten. Deshalb sind zum Beispiel der Rückgang des Konsums tierischer Lebensmittel, die Zunahme des Fahrradverkehrs in den Städten oder der Trend zum Urlaub vor Ort auch aus Klimaschutzgründen gute Entwicklungen. Gerade bei den Bau- und Grundstoffen wie Stahl, Zement stehen wir jedoch noch ziemlich am Anfang der Transformation. Auch die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs schont das Klima.

IV. WIR BEGRÜNEN UNSERE WIRTSCHAFT FÜR UMWELTSCHUTZ, LEBENSQUALITÄT UND NEUE ARBEITSPLÄTZE

1. Grünen Rahmen setzen für die ökologische Modernisierung

Wir werden dafür sorgen, dass Preise die ökologische Wahrheit sagen, denn die Verursacher*innen von Umweltzerstörung dürfen die Kosten nicht länger auf die Allgemeinheit abwälzen. So setzen wir auch die richtigen Anreize dafür, dass andere – umweltfreundlichere – Techniken entwickelt und schnell marktfähig werden. Ein Wettstreit um die beste ökologische Lösung kommt in Gang. Ökologisch ehrliche Preise belohnen Unternehmen, die mit Ressourcen pfleglich umgehen und



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

Emissionen senken. Auch die Verbraucher*innen profitieren, wenn langlebige Geräte Neuanschaffungen ersparen und klimafreundliche Heizungen die Nebenkosten senken. Umweltschädliches Verhalten wollen wir nicht weiter subventionieren. So sind zum Beispiel schwere Dienstwagen und der Flugverkehr heute steuerlich bevorzugt, obwohl sie ökologisch schädlicher sind als ihre Alternativen. Subventionen wie diese belaufen sich auf über 50 Milliarden Euro pro Jahr. Es macht keinen Sinn, umweltschädliches Verhalten zu subventionieren. Eine ökologische Finanzreform muss deshalb den Abbau dieser ökologisch schädlichen Subventionen angehen. Dabei gilt es in einem ersten Schritt die umweltschädlichsten bzw. die am einfachsten zu kappenden Subventionen in Höhe von wenigstens 12 Milliarden Euro einzusparen. Dieses Geld wollen wir in den Klimaschutz investieren und dabei gerade ärmere Haushalte bei Investitionen zum Energie- und Ressourcensparen unterstützen. Durch eine ökologische Steuerreform wollen wir nicht mehr umweltschädliche, sondern stärker ökologisch nachhaltige Produktionsprozesse, Erzeugnisse und Dienstleistungen begünstigen. Dabei werden wir die Möglichkeit, neben sozialen auch ökologische Ziele bei der Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel 2011 vom EU-Parlament (und wiederholt vom Umweltbundesamt) empfohlen, im Hinblick auf Umsetzbarkeit prüfen.

2. Mit grüner Industriepolitik den Industriestandort und Arbeitsplätze sichern

Die ökologische Modernisierung ist die Zukunftssicherung für alle Industriezweige in Deutschland. Alle Branchen müssen ihren Beitrag zu Klima- und Ressourcenschutz beitragen. Und für alle Branchen gilt: wenn wir den Anschluss verpassen, wie es zum Beispiel beim Elektroauto droht, gehen Arbeitsplätze und Wohlstand verloren. Konkret heißt das: weg vom Verbrennungsmotor und hin zum Elektroantrieb beziehungsweise emissionsfreien Antrieb. In der Schifffahrt weg vom Schweröl hin zu alternativen Antrieben. Weg vom Öl und Gas und hin zu nachwachsende Rohstoffen in der Chemieindustrie. Die Bauwirtschaft kann mit Holzbau oder Textilbeton Ressourcen und Emissionen einsparen. Damit sichern wir den Industriestandort Deutschland. Denn auch in der Zukunft wird unser Wohlstand von guten und sicheren Arbeitsplätzen abhängen. Wir tun das im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und der Wissenschaft. Doch wenn nötig, auch im Konflikt mit den Lobbys der alten Industrien .

Die ökologische Modernisierung ist ein gigantisches Innovations- und Investitionsprogramm. Und sie ist ein Jobmotor. Sie schafft neue Arbeit, nicht nur für Ingenieur*innen und Tüftler*innen sowie Programmierer*innen, sondern auch für Handwerker*innen und Bauarbeiter*innen. Jede in die Gebäudesanierung investierte Milliarde schafft 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Baugewerbe, im Handwerk und in der Industrie. Seit zehn Jahren wächst der globale Markt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz rasant. Deutsche Firmen sind bei Green Tech gut aufgestellt. Deutsche und europäische Unternehmen können in diesen Bereichen viele zusätzliche Jobs schaffen. Daran wollen wir arbeiten. Für uns ist dabei entscheidend, dass bei der ökologischen Modernisierung gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und tariflicher Schutz gelten: Auch deshalb fordern wir eine bundesweite Fachkräfteallianz zwischen Staat und Wirtschaft zur Stärkung des Handwerks. In den kohlenstoffintensiven Unternehmen und Geschäftsbereichen werden allerdings auch Arbeitsplätze abgebaut werden. Hier kümmern wir uns um eine gute soziale Absicherung, um Weiterbildung und neue Chancen.



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

3. Für die Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch anders wirtschaften

Wachstum muss weltweit vom Umweltverbrauch entkoppelt werden – und Wohlstand wie Lebensqualität vom Wachstum. Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht blind immer weiter wachsen muss und in der langfristige Nachhaltigkeit mehr zählt als kurzfristige Renditeziele. Wir GRÜNE möchten dem gesellschaftlichen Zwang zum „Immer Mehr und immer schneller“ entgegenarbeiten. Dazu werden technische Innovationen allein nicht reichen. Es braucht auch die Unterstützung durch nachhaltigen Konsum und eine andere Art des Wirtschaftens. Es geht zum Beispiel nicht nur darum, den Verbrennungsmotor einfach durch den Elektromotor abzulösen, sondern auch darum, auf innovative Formen der Mobilität wie Carsharing umzusteigen, ÖPNV sowie Fuß und Radverkehr zu fördern und so den Bedarf an Autos zu reduzieren, wie das etliche Menschen auch schon tun. Andere engagieren sich beim gemeinschaftlichen Wohnen, in der solidarischen Landwirtschaft, bei Energiegenossenschaften oder Tauschringen im Sinne einer solidarischen Ökonomie, was wir befördern wollen. Gleiches gilt für das Bauwesen, das einen überwiegenden Teil der Ressourcen unserer Erde in Anspruch nimmt, die es gilt verantwortungsvoll zu nutzen. Hierzu braucht es eine nachhaltige Baukultur, die alle Aspekte des Planens und Bauens berücksichtigt. Gute Baukultur ermöglicht Akzeptanz, Beteiligung und Teilhabe ebenso wie das Recycling von Baustoffen, sie ist Grundlage für die ökologische Modernisierung und für mehr Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern.

Nur mit Kreativität und Erfinder*innengeist wird es uns gelingen, anders und besser zu wirtschaften. Wissenschaft und Forschung als Ideengeber*in, Vorreiter*in und kritische Begleiter*in brauchen deshalb Freiräume. Gerade kleine und mittlere Unternehmen wollen wir bei der ökologischen Modernisierung unterstützen, unter anderem durch eine steuerliche Förderung ihrer Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Mit einer Start-up-Finanzierung, Infrastruktur und einer neuen, geeigneten Rechtsform geben wir den Pionieren des Wandels Rückenwind. Wir wollen speziell Frauen mit einem Förderprogramm bei der Gründung von Unternehmen finanziell unterstützen. Sowohl die Gründung von Genossenschaften als auch die Gemeinwohlökonomie erachten wir als einen weiteren zentralen Baustein eines anderen Wirtschaftens. Genossenschaften verbinden unternehmerisches Handeln mit Gemeinwohlorientierung und sind ein krisenfester Motor einer gemeinwohlorientierten Ökonomie. Um eine Gründungswelle von Genossenschaften anzuregen, wollen wir die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft entbürokratisieren und von überkommenen Verfahrensvorschriften befreien.

V. WIR STEIGEN UM – KOMPLETT AUF GRÜNE ENERGIEN

2. Rein in die neue Stromwelt - vollständig auf Erneuerbare umsteigen

Das grüne EEG ist auch eine Erfolgsgeschichte, weil es die Kosten für Solar- und Windstrom weltweit drastisch gesenkt und so zur nachhaltigen Entwicklung maßgeblich beigetragen hat. 100 Prozent Ökostrom bis 2030, das ist unser Ziel. Dafür werden wir den Kohleausstieg einleiten und die schwarze Ausbaubremse für Erneuerbare abschaffen. So bringen wir die Dynamik in die Energiewende zurück. Dazu braucht es eine Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und ein neues Strommarktdesign, d.h. die Ausrichtung des Energiesystems auf erneuerbare Energien und Lastenmanagement statt auf fossile Kraftwerke. Wir GRÜNE wollen die jährlichen Ausbauziele kräftig anheben und an die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens anpassen. Millionen Bürger*innen, die ihr Dach oder ihren Keller zum Kraftwerk machen oder sich an Energiegenossenschaften beteiligen,



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

sind und bleiben dabei unsere wichtigsten Verbündeten. Sie treiben den dezentralen Ausbau voran. Darum wollen wir alle EU-rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Erneuerbare-Energien-Projekte vom bürokratischen Ausschreibungszwang und unberechtigten Umlagen zu befreien. Die sinnwidrige Erhebung der „Sonnensteuer“ wollen wir abschaffen und ein Ökostrommarktmodell einführen, damit aus deutschen erneuerbaren Anlagen Grünstrom auch wieder als Ökostrom vermarktet werden kann. Auch Mieter*innen sollen von den Vorteilen einer klimafreundlichen und kostengünstigen Energieversorgung profitieren, indem wir das jetzige Bürokratiemonster durch einfache und handhabbare Mieter*innenstrommodelle ersetzen. Wir führen die milliardenschweren Strompreiserabatte für die Industrie auf ein Minimum zurück und entlasten stattdessen die Verbraucher*innen, Handwerk und Mittelstand. Nur noch solche Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, sowie energieintensive Prozesse sollen Rabatte erhalten, diese sollen zudem an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden.

3. Effizienzrevolution auslösen

Nach wie vor gilt: Die beste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht wird. Wir wollen eine Effizienzrevolution einleiten. Darum legen wir ein Energiespargesetz vor, das ambitionierte, aber realistische Vorgaben macht. Insbesondere in der Industrie gibt es noch viele Einsparpotentiale. Mit unserem Programm „Faire Wärme“ und konkreten Fördermaßnahmen zum Energiesparen greifen wir dabei auch den Privathaushalten unter die Arme. Wir wollen die Nutzung erneuerbarer Wärme im Gebäudebestand voranbringen, die energetische Modernisierung von Häusern und ganzen Stadtvierteln fördern sowie Nahwärmenetze und Abwärmennutzung ausbauen. Die von der EU geforderten Vorgaben für energieeffiziente Gebäude wollen wir so ausgestalten, dass neue Gebäude nur noch sehr wenig Energie verbrauchen und hauptsächlich erneuerbar beheizt werden.

Klar ist: Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Missbräuchliche Verdrängungen von Mieter*innen bei Sanierung muss durch diesbezügliche Änderungen des Mietrechts ein Riegel vorgeschoben werden. Stromsparchecks und Energieberatung sollen Standard werden. Gerade Haushalte mit kleinem Geldbeutel wollen wir GRÜNE damit unterstützen. Auf europäischer Ebene werden wir uns für ambitionierte Vorgaben für Energie- und Ressourceneffizienz einsetzen. Dazu wollen wir u.a. das „Top-Runner“-Prinzip europaweit verankern: Für alle Geräte mit dem gleichen Einsatzspektrum wird das effizienteste Gerät zum Standard erhoben.

Projekte:

Faire Wärme – klimafreundlich und bezahlbar

Die Energiewende muss im Wärmebereich vorankommen. Bei den Gebäuden müssen wir Energie einsparen und die erneuerbaren Energien ausbauen. Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Dazu wollen wir das Förderprogramm „Faire Wärme“ auflegen. Mit mindestens zwei Milliarden Euro jährlich unterstützen wir die energetische Modernisierung ganzer Wohnviertel. Mieter*innen stärken wir durch eine robuste Mietpreisbremse. Wir minimieren die Umlage von Modernisierungskosten und führen ein neues Klimawohngeld ein, damit auch Wohngeldempfänger*innen energieeffizient wohnen können. Wir unterstützen Städte und Gemeinden bei der nachhaltigen Wärmeversorgung mit 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher. Mit „Mieterstrom“ vom Dach profitieren auch Mieter*innen von der



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

Energiewende. Nachhaltigkeit bei Energie, Baustoffen und Kosten muss durch die Betrachtung des Lebenszyklus unserer Häuser künftig Standard sein und schafft Arbeitsplätze bei Handwerker*innen vor Ort.

Für grüne Energie - komplett auf Erneuerbare umsteigen

Wir wollen die menschengemachte Klimakrise noch aufhalten. Das geht nur mit 100% Erneuerbaren. Bis 2030 wollen wir unseren Strombedarf vollständig aus Erneuerbaren Energien decken. Dazu werden wir die Obergrenzen für den Ausbau Erneuerbarer Energien abschaffen und das Strommarktdesign sowie das komplizierte Abgabensystem auf Energie zugunsten der Erneuerbaren Energien und der Speichernutzung novellieren. Bis zum Jahr 2050 soll die Energieversorgung auch für Gebäude, Mobilität und Prozesswärme in der Industrie ausschließlich aus Erneuerbaren Energien erfolgen. Darum steigen wir zügig in die Verbindung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität ein und nutzen sinnvolle Möglichkeiten der Elektrifizierung.

D. FREIHEIT IM HERZEN

V. WIR MACHEN VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER STARK

Täuschung, Trickserien und Betrug – viele Menschen werden auch im Jahr 2017 noch zu oft über den Tisch gezogen. Während US-amerikanische VW-Kund*innen angemessene Entschädigungen für manipulierte Autos bekommen, gehen deutsche Kund*innen leer aus. Datengiganten und mächtige Internetkonzerne sammeln und verwerten unsere Daten nahezu unkontrolliert. Hinter bunten Verpackungen und Fake-Siegeln verbirgt die Lebensmittelindustrie ungesundes Essen von teils minderer Qualität. Baustoffe dürfen bisher ungeprüft und undeklariert gesundheitsschädliche Substanzen enthalten.

Verbraucher*innenschutz betrifft alle Menschen – in nahezu allen Lebensbereichen. Von der ersten Kontoeröffnung über den täglichen Einkauf bis zur Altersvorsorge. Als GRÜNE schützen wir Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung, Vertrags-Trickserien und Missbrauch von Daten. Wir kämpfen für mehr Transparenz, mehr gesetzlichen Schutz und faire Klagerechte: So sieht grüner Verbraucher*innenschutz aus.

1. Nachhaltige Konsumententscheidungen ermöglichen

Ob Lebensmittel, Kleidung, Möbel oder Baustoffe: Derzeit herrscht ein undurchsichtiger Siegel-Dschungel. Zwischen nichtssagender Industrierwerbung und einem kontrollierten Qualitätssiegel lässt sich schwer unterscheiden. Man muss teils Sherlock Holmes spielen, um herauszufinden, wo und wie etwas produziert wurde und was enthalten ist. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit ganzer Branchen. Wir wollen mit dem Siegel-Dschungel aufräumen. Deshalb engagieren wir GRÜNE uns für Mindestanforderungen für die wichtigsten Branchen und klare Kriterien für beispielsweise „fair“ oder „regional“. So schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass es echte Orientierung gibt.



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

E. GERECHTIGKEIT IM SINN

I Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen

Projekte

10.000 Schulen fit für die Zukunft machen

Wir wollen dafür sorgen, dass der Schulerfolg endlich nicht mehr durch die soziale Herkunft vorbestimmt wird. Individuelle Förderung braucht Zeit und Raum. In inklusiven Ganztagschulen können alle Schüler*innen ihre Begabungen und Interessen in Kunst, Kultur und Sport gut entwickeln. Längeres gemeinsames Lernen hilft allen Schüler*innen. Wir fördern deshalb gezielt den Auf- und Ausbau von Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschulen. Wir arbeiten weiter daran, das Kooperationsverbot aufzuheben, so dass der Bund sich finanziell beteiligen kann, den Aufbau von weiteren Ganztagschulplätzen überall im Land anzustoßen. Mit 4 Mrd. soll sich der Bund beteiligen. Wir wollen finanzschwache Kommunen gezielt entlasten und den enormen Sanierungsstau auflösen. Um Schulen zu sanieren, stellen wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereit und machen damit 10.000 Schulen fit für die Zukunft. Wir wollen Schulen auch für die digitale Zukunft fit machen. Schulen sollen dann finanziell unterstützt werden, wenn sie stimmige pädagogische Konzepte für digitales Lernen vorlegen. Wir unterstützen Kommunen dabei, Raum für die vielen neuen Schüler*innen zu schaffen. Der Bildungsföderalismus darf nicht vorgeschoben werden, um wichtige Zukunftsinvestitionen zu verhindern.

II Wir kämpfen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

1. Heft des Handelns in die Hände vor Ort

Wir GRÜNE wollen deshalb struktur- und finanzschwachen Kommunen unabhängig von der Himmelsrichtung unter die Arme greifen. Unser Ziel ist eine angemessene finanzielle Ausstattung für alle. Mit einem Altschuldenfonds ermöglichen wir hoch verschuldeten Städten und Gemeinden einen Neustart. Spürbare Entlastungen von Sozialausgaben erleichtern gerade strukturschwachen Kommunen das tägliche Geschäft. Die Einnahmen werden wir mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher und die Grundsteuer gerechter machen, um auch so flächensparendes Bauen zu begünstigen und gegen Flächenverbrauch und Baulandspekulationen vorzugehen. Der Bund und die Länder dürfen unsere Städte und Gemeinden nicht mehr mit immer neuen Aufgaben belasten, ohne das nötige Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Unser Grundsatz lautet: Wer bestellt, bezahlt. Außerdem brauchen wir viel mehr nachhaltige Investitionen. Seit Jahrzehnten fallen immer wieder Sanierungen und Instandsetzungen von öffentlicher Infrastruktur dem Rotstift zum Opfer oder werden ohne ökologischen und nachhaltigen Nutzen realisiert. Dieser Investitionsstau konzentriert sich ausgerechnet auf die ohnehin finanziell gebeutelten Kommunen. Mit unserem grünen Investitionsprogramm im zweistelligen Milliardenbereich wollen wir in einem ersten Schritt bei der Sanierung von Schulen helfen, da hier in vielen Orten die Not am größten ist. Außerdem wollen wir die Kommunen bei fairer Beschaffung durch mehr Beratungsangebote unterstützen.



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

2. Bezahlbares Wohnen für alle

Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung mitten in der Stadt ist vielerorts vergleichbar mit der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Wohnungen sind heiß begehrt und häufig entscheidet die Zahlkraft über die oder den neue*n Mieter*in. Das ist heute in vielen Städten zu einer der großen sozialen Herausforderungen geworden, die fast jede*n betrifft. Gerade lebendige, bunte Stadtteile sind hip und durch starke Nachfrage auf frei werdende Wohnungen von Gentrifizierung bedroht. Doch der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, ob Freund*innen, Kindertagesstätte, Jobs und Familie von der eigenen Wohnungstür aus schnell zu erreichen sind. Bezahlbares Wohnen in angemessenen Wohnungen ist für uns alle existenziell. Unsere Wohnungen dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Wir wollen vielfältige und lebendige Stadtteile. Wir wollen verhindern, dass immer mehr Finanzinvestor*innen den Wohnraum in unseren Städten kontrollieren und missbrauchen. Deshalb sind Immobilienspekulationen uneingeschränkt zu besteuern. Wir GRÜNE setzen uns für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein. Dafür wollen wir eine Million Wohnungen bauen und sozial binden, dauerhaft günstig, lebenswert und mittendrin. Wir stecken wieder Geld in preiswerten Wohnraum, statt den Bau von Luxusobjekten zu unterstützen. Wir fördern Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. Wir schaffen mehr barrierefreie Wohnungen, um alten Bürger*innen und Menschen mit Behinderung den Weg ins Heim zu ersparen. Wir wollen mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit faires, gutes und günstiges Wohnen schaffen, Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern. Außerdem werden wir GRÜNE auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Der Bund darf sich nicht länger als Immobilienspekulant betätigen, sondern soll Liegenschaften vergünstigt an Kommunen abgeben, auch zum Beispiel zur Weitergabe an gemeinwohlorientierte Träger, wenn das städtebaulich oder wohnungspolitisch erforderlich ist. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

All das reicht aber noch lange nicht aus. Wir werden Mietsteigerung begrenzen, die Praxis des Raussanierens bekämpfen und Verdrängung beenden. Daher werden wir Mietsteigerungen, dort, wo Wohnraumangel herrscht, in bestehenden Mietverträgen und in Milieuschutzgebieten stärker begrenzen. Eine richtige Mietpreis-bremse ohne Hintertür muss her. Wir wollen ein ökologisches und soziales Mietrecht einführen, damit in guter Lage die klimafreundliche, warme Wohnung bezahlbar bleibt. Wir wollen es Städten erleichtern, ihr kommunales Vorkaufsrecht wahrzunehmen. Wir werden durch die Anhebung des Wohngeldes bedürftigen Menschen zusätzlich unter die Arme greifen, den Kündigungsschutz wieder zu einem Schutzinstrument machen und Mieter*innenschutzverbände stärken. Wir wollen den Kommunen mit Wohnraumangel ermöglichen, selbst zu entscheiden, wo sie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unterbinden. Wir wollen kurze Wege, mehr Grün in der Stadt und mehr Treffpunkte und Leben in den Quartieren durch Stadtteilzentren fördern. Wir wollen gemischte Quartiere stärken und der Verdrängung von kleinteiligem Gewerbe vorbeugen und dazu Gewerbemietpiegel ermöglichen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden stärken. Die Themen Wohnen und Mobilität wollen wir zusammen denken und eine verbesserte Anbindung des städtischen Umlandes erreichen. Wir unterstützen urbane Gärten, Wohnprojekte, Baugemeinschaften, Bürger*innenenergie und generationengerechtes Wohnen. Flächensparendes Bauen und kompakte Raumkonzepte wollen wir stärken, den Flächenverbrauch auf der grünen Wiese eindämmen und mehr nachwachsende und gesunde Baustoffe einsetzen. Das Baurecht werden wir modernisieren und ein faires grünes Wärmepaket auflegen, um Ressourcen und



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

das Klima zu schonen – und zwar für alle bezahlbar. Für lebenswerte Städte und Dörfer mit Identität, für öffentliche Plätze, Straßen und Gebäude zum Wohlfühlen unterstützen wir die Entwicklung der Baukultur in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen.

3. Ländliche Räume – lebenswert und zukunftsfähig

Günstiger Wohnraum, ein eigener Garten und der Badensee gleich um die Ecke, wer erträumt sich das nicht? Keine gute Schule, Einkaufsmöglichkeiten, Busanbindungen, Ausbildungsmöglichkeiten oder Jobs, eine schlechtere soziale und ärztliche Versorgung sind leider allzu oft die Kehrseite der Medaille, wenn man auf dem Land lebt. Doch auch die Orte, die nicht so sehr im Fokus stehen, wollen wir erhalten, pflegen und gedeihen lassen. Dabei stehen wir vor großen Herausforderungen, denn die Alterung der Gesellschaft ist im ländlichen Raum besonders stark zu spüren. Es sind vor allem die Jüngeren, die nach der Schule ihr Dorf oder ihre Kleinstadt verlassen. Ein Nebeneinander von wachsenden Städten sowie Dörfern und Gemeinden, in denen immer weniger Menschen leben, entsteht. Wir wollen die Möglichkeiten suchen und nutzen, die sich aus den Umbrüchen und dem Wandel vor Ort ergeben. Wir wollen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Erholen von Beginn an in der gesamten Region zusammen denken und planen, barrierefrei und generationengerecht. Wir wissen, wie das auch mit knappen Ressourcen gelingen kann. Hierfür wollen wir einiges umkrempeln. Die Frage, wie ein Lebensweg verläuft, darf nicht der geografische Zufall entscheiden. Das ist auch eine Frage von Gerechtigkeit. Viele Regionen treten trotz Fördergeldern auf der Stelle oder drohen, abgekoppelt zu werden. Deshalb braucht es einen Neustart in der Förderpolitik. Neben der bisherigen wirtschaftsbezogenen Strukturförderung durch EU, Bund und Länder brauchen wir mehr Investitionen in unsere allgemeine Infrastruktur. Dazu wollen wir die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern auf die Förderung der regionalen Daseinsvorsorge in strukturschwachen Regionen unabhängig von der Himmelsrichtung im Grundgesetz ausweiten. Wir machen uns stark für lebendige Ortskerne, damit Innenstädte und Dorfkerne weiter Wohnorte bleiben. Wir wollen schnelles Netz – überall; wie wir das machen, beschreiben wir im Kapitel „Wir gestalten die Digitalisierung“. Ärzt*innen und Krankenhäuser müssen erreichbar sein. Deshalb wollen wir die „Gesundheitsversorgung aus einer Hand“ stärken. Wir unterstützen auch auf dem Land das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“. In ländlichen Zwergschulen können Kinder gemeinsam in kleinen Klassen jahrgangsübergreifend lernen und werden ganztägig gut betreut. Wir wollen Vereine und Jugendarbeit stärken und Angebote für Jugendliche, wie Jugendzentren, ausbauen und so in den Zusammenhalt investieren. Kleinstbetriebe sollen zusammenarbeiten können, um auszubilden. Damit der Fachkräftenachwuchs auf hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze trifft, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe in Schwung bringen. Mit einer gezielten Förderung wollen wir insbesondere für Frauen neue Perspektiven schaffen. So bleibt die Wertschöpfung vor Ort und wir können Regionen beleben, die heute mehr und mehr verweisen.

Projekte

Kommunen finanziell entlasten und strukturschwache Regionen gezielt fördern

Die Schere zwischen armen und reichen Städten, Gemeinden und Kreisen geht immer weiter auseinander. Wir wollen struktur- und finanzschwachen Kommunen unter die Arme greifen. Wir werden die Kommunen spürbar von den Sozialausgaben entlasten, indem wir insbesondere die Kosten der Unterkunft und Heizung schrittweise übernehmen und den Kommunen so das tägliche Geschäft erleichtern. Wir ermöglichen hoch verschuldeten Städten einen Neustart, indem wir



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

übermäßig hohe Schulden in einen gemeinsamen Fonds (Altschuldentilgungsfonds) überführen. Das entlastet sie von drückenden Zinsen. Die Einnahmen wollen wir mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher machen. Strukturschwache Regionen brauchen unsere Unterstützung. Deshalb wollen wir einen Neustart in der Förderpolitik durch die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge.

Eine Million dauerhaft günstige Wohnungen

Wir brauchen einen Aufbruch für bezahlbares Wohnen. Die Zeit des Verkaufs und der Spekulation mit Sozialwohnungen muss enden. Wir wollen eine Million zusätzliche preiswerte Wohnungen. Im Neubau wie im Bestand, dauerhaft günstig und lebenswert, möglichst nicht auf der grünen Wiese, sondern innerhalb unserer Städte und Dörfer. Mit dem Konzept der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit werden wir wieder Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen und private Investor*innen für den sozialen Wohnungsbau gewinnen. Das Prinzip dabei ist: Zulagen und Steuerförderung im Tausch gegen günstigen Wohnraum.

Mietpreise bremsen – für ein Mietrecht ohne Schlupflöcher

Die Mieten explodieren seit Jahren. Damit muss jetzt Schluss sein. Die Mietpreisbremse ziehen wir endlich richtig an und schaffen unnötige Ausnahmen ab. Niemand darf wegen Luxusmodernisierungen verdrängt werden. Die Modernisierungumlage in ihrer jetzigen Form ist schädlich. Daher kappen und senken wir sie deutlich ab und schaffen eine neue, faire Kostenverteilung. Der Mietspiegel soll die ökologische Gebäudequalität berücksichtigen und die Miethöhen über einen längeren Zeitraum abbilden. Wir werden die Zeitspanne ohne Mieterhöhungen ausweiten und Mieter*innenschutzverbände stärken. Wir verdoppeln das Wohngeld, passen es dynamisch an und berücksichtigen die Heizkosten wieder. Zudem führen wir beim Wohngeld einen Klimazuschuss für energetisch modernisierte Wohnungen ein, damit auch Wohngeldempfänger*innen energieeffizient wohnen können.

III. WIR TEILEN DEN WOHLSTAND GERECHTER

3. Für eine faire und ausgleichende Steuerpolitik

Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Für Mittelstand, Selbständige und Arbeitnehmer*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie dadurch zu entlasten. Der Aufwand durch die Buchführungs- und Steuererklärungspflichten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Gerade Klein- und Jungunternehmer*innen wollen wir entlasten, damit sie im Wettbewerb bessere Chancen haben. Dazu gehören erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwendigen Verfahren beim Handel innerhalb der EU. Zusätzlich wollen wir prüfen, ob die Kleinunternehmer*innengrenze bei der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuerfreibetrag angemessen angehoben werden sollten.



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

IV. WIR MACHEN DEN SOZIALSTAAT SICHER UND ZUKUNFTSFEST

3. Gute Pflege – selbstbestimmt und würdig

Heute noch leisten pflegende Angehörige einen sehr hohen Anteil an der Pflege und Sorgearbeit. Auch aufgrund des demografischen Wandels wird dieses Potenzial zukünftig weniger werden. Ein verlässliches Wohn und Pflegeangebot, bei Bedarf auch „rund um die Uhr“, ist immer stärker gefragt. Statt weiterer Großeinrichtungen setzen wir dabei auf einen umfassenden Ausbau an ambulanten Wohn und Pflegeformen. Notwendig sind auch Tages, Nacht und Kurzzeitpflege sowie Einrichtungen wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, die auch „rund um die Uhr“ eine Pflege und Unterstützung sichern. Dabei müssen die unterschiedlichen kulturellen, religiösen, sexuellen oder geschlechtsspezifischen Identitäten der Menschen Eingang in die Gestaltung der sozialen Infrastruktur und Pflegekonzepte vor Ort finden. Ebenso wollen wir die Wohn und Pflegesituation für die Bewohnerinnen und Bewohner in den bestehenden Einrichtungen deutlich verbessern. Beim Aufbau von Hilfenetzen wollen wir die Kommunen unterstützen und ihnen mehr Rechte geben, selbst aktiv zu werden. Wir wollen, dass die Angebote vor Ort Familien entlasten und dass auch Menschen mit kleiner Rente die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Damit pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen das für sie passende Angebot finden, schaffen wir einen Rechtsanspruch auf unabhängige Beratung durch Fallmanager*innen.

5. Sicherheit in der Selbständigkeit

Um die soziale und ökologische Modernisierung zu meistern, brauchen wir auch die innovative Kraft von Gründer*innen. Wir wollen alle, die den mutigen Schritt in die Selbständigkeit wagen, dabei unterstützen, sich besser und einfacher abzusichern und Ungleichbehandlungen gegenüber Arbeitnehmer*innen zeitnah abzubauen. Gesetzlich versicherte Selbständige wollen wir bei den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen mit geringeren Mindestbeiträgen sehr deutlich entlasten. Wir wollen eine freiwillige Arbeitsversicherung für Selbständige, die erschwinglich, für alle Selbständigen geöffnet und gerechter ausgestaltet ist. Wahltarife sollen dabei mehr Flexibilität für Selbständige ermöglichen. Wir wollen alle nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen in die gesetzliche Rente einbeziehen und ihnen eine größere Beitragsflexibilität als heute ermöglichen. Selbständige sollen in guten Zeiten höhere Beiträge vor- oder nachzahlen können, damit sie in schlechten Zeiten entlastet werden. Wir stehen ohne Wenn und Aber zur Künstlersozialkasse. Analog zu Mindestlöhnen, die nur abhängig Beschäftigten zustehen, wollen wir auch branchenspezifische Mindesthonorare ermöglichen.

VII. WIR GESTALTEN DIE DIGITALISIERUNG

2. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft

Damit der Mittelstand im Zuge der Digitalisierung im Wettbewerb mit großen Unternehmen gut aufgestellt ist, wollen wir ein IT-Beratungsnetzwerk für den digitalen Wandel einrichten. Dieses dezentrale Netzwerk von Berater*innen soll in die Unternehmen gehen können, die IT-Sicherheit überprüfen und anbieterunabhängige Verbesserungsvorschläge geben. Dabei sollen auch Empfehlungen ausgesprochen werden, wie das Unternehmen sich im Prozess von Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung zukunftsfähig aufstellen und auch mehr Frauen für die Branche gewinnen kann. Milliarden schwere Großunternehmen – auch



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

aus der Digitalbranche – nehmen wir in die Pflicht, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wieder gerecht zu werden. Für Großunternehmen muss es wieder eine Selbstverständlichkeit sein, Steuern auf Gewinne zu zahlen – wir werden sie darauf verpflichten. Ebenso müssen sie sich an klare rechtliche Vorgaben halten, wie zum Beispiel das neue und von uns federführend verhandelte EU-Datenschutzrecht. Außerdem wollen wir einen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen, dadurch würden sich vielen innovativen europäischen Unternehmen neue Chancen eröffnen.

3. Gute Arbeit 4.0

Die digitale Arbeitswelt wird vernetzter, technischer und auch flexibler sein. Und wir wollen, dass sie auch humaner, familienfreundlicher und ökologischer wird. Mit der Digitalisierung verändern sich Arbeitsinhalte, Arbeitsplätze und Arbeitsstrukturen. Arbeit ist nicht mehr an Ort und Zeit gebunden. Deshalb fordern wir auch ein Recht auf Homeoffice als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz und unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten. Das schafft Zeitsouveränität und Freiräume für mehr selbstbestimmtes Arbeiten. Die Digitalisierung stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen: permanente Erreichbarkeit, Mehrarbeit und umfassende Leistungskontrolle. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, abhängiger und selbständiger Tätigkeit, zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung laufen Gefahr zu verschwimmen. Hier wollen wir Beschäftigte und Selbständige schützen. Deshalb werden wir den Arbeitsschutz an die digitale Arbeitswelt anpassen, betriebliche Mitbestimmungsrechte stärken und mit einem eigenständigen Beschäftigtendatenschutzgesetz vor umfassender Leistungskontrolle schützen. Solo-Selbständige und Kreative müssen zukünftig für alle Lebenslagen sozial abgesichert sein und sie müssen fair entlohnt werden. Deshalb wollen wir ein allgemeines Mindesthonorar als absolute Untergrenze für zeitbasierte Dienstleistungen einführen und gleichzeitig branchenspezifische Mindesthonorare für bestimmte Werke und Dienstleistungen ermöglichen, die gut zu den jeweiligen Branchen passen.

4. Unternehmensgründungen fördern

Mit ihren Ideen und ihrer Schaffenskraft fordern Gründerinnen und Gründer etablierte Unternehmen heraus, wagen Neues und modernisieren so unsere Wirtschaft. Aufgrund der Digitalisierung erleben wir gerade eine neue Gründer*innenzeit. Es sind die Unternehmer*innen, die die Energie-, Mobilitäts- und Agrarwende in die Praxis umsetzen und zu einem Erfolgsmodell machen. Sie gehen ins Risiko und finden kreative Lösungen. Wir wollen sie dabei unterstützen, indem wir für Selbständige den Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen verbessern, neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding stärken und diese mit Förderbanken vernetzen sowie Co-Working- und Gewerberäume für Gründer*innen fördern. Neben der Projekt- und Gründer*innenförderung wollen wir Forschungsaktivitäten in kleinen und mittleren Unternehmen auch steuerlich begünstigen, um das kreative Potenzial und den Erfindergeist dort noch stärker zu mobilisieren. Durch eine Steuergutschrift von 15 Prozent sollen ihre Forschungs- und Entwicklungsausgaben



Bündnis 90/
Die Grünen
(Auszüge)

künftig gefördert werden. Wir wollen ein unbürokratisches und wirksames Förderinstrument für alle Gründungswilligen. Mit dem grünen Gründungskapital bekommt jede*r, die oder der sich selbständig machen will und ein überzeugendes Konzept vorlegt, einmalig ein flexibles und zinsfreies Darlehen von bis zu 25.000 Euro. Die Rückzahlung erfolgt, sobald das Unternehmen Fuß gefasst hat. Wir wollen gerade für Kleinunternehmer*innen den Zugang zu Mikrokrediten verbessern, indem der bürokratische und finanzielle Aufwand verringert wird. Offene Standards, Schnittstellen, Daten und Software erleichtern es findigen Köpfen, neue Geschäftsideen umzusetzen. Zudem wollen wir die Grenze zur Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro anheben. Und wir wollen einen bundesweiten One-Stop-Shop für Gründer*innen einrichten, sodass alle nötigen bürokratischen Voraussetzungen und Beratungsleistungen an einem Ort aufzufinden sind. Wir wollen politische Rahmenbedingungen so formulieren und vereinfachen, dass kleine oder junge Unternehmen, Kulturschaffende und Kreative sie ebenfalls meistern können – und große Unternehmen sie mit ihren teuren Anwält*innen nicht mehr einfach aushebeln können.

**Die Auszüge aus dem Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen wurden erstellt von:
Marion Hoppen, BFW-Pressesprecherin**